

Ein Blick auf die Friedensbewegungen in München im Februar 2023

- Die Internationale Münchner Friedenskonferenz antwortet auf das Interview von Andrea Drescher mit Dr. Ingrid Pfanzelt in den NachDenkSeiten vom 14. Mai 2023

Die Internationale Münchner Friedenskonferenz und ihr Trägerkreis

Vor über 20 Jahren entwickelte sich die Internationale Münchner Friedenskonferenz aus den Straßenprotesten gegen die Münchner Sicherheitskonferenz (MSC). Die MSC findet seit 1963 immer im Februar in München statt. Sie wurde als Wehrkundetagung gegründet. Das Ziel der Münchner Friedenskonferenz war es und ist es bis heute, Denkprozesse anzustoßen, die eine Kultur des Friedens stärken und Menschen ermutigen, sich in das politische Geschehen einzumischen

Die Internationale Münchner Friedenskonferenz wird organisiert von einem Team aus Delegierten verschiedener Friedens- und Umweltbewegungen. Dies sind aktuell DFG-VK, H MV Bildungswerk e.V., pax christi, NatWiss e.V., Projektgruppe MSK verändern, Netzwerk Friedenssteuer, Greenpeace und IPPNW. Die Mitgliedschaft im Trägerkreis umfasst zum einen die personelle Mitarbeit eines/einer Delegierten und zum anderen die finanzielle Unterstützung der Friedenskonferenz.

Münchner Friedenskonferenz 2023

Frau Dr. Ingrid Pfanzelt arbeitete seit 2021 als Delegierte der IPPNW im Trägerkreis mit und verließ diesen auf eigenen Wunsch am 17. November 2022. Durch die Mitarbeit von Dr. Josef Raab als Delegiertem und durch die Unterstützung des Bundesvorstands der IPPNW ist die Mitgliedschaft der IPPNW im Trägerkreis der Friedenskonferenz weiter gesichert und steht außer Frage.

„Die Zivilgesellschaft und die Vermeintliche Zeitenwende“ waren das Thema der Auftaktveranstaltung der Internationalen Münchner Friedenskonferenz am 17. Februar 2023. Zu diesem Austausch mit zivilgesellschaftlichen Gruppen der Umwelt-, Migrations-, kirchlicher und gewerkschaftlicher Bewegungen hatten ver.di, der Münchner Migrationsbeirat, wie auch Misereor zugesagt.

Frau Dr. Pfanzelt hatte gefordert, Herrn Melchior Ibing als Podiumsteilnehmer der Konferenz 2023 einzuladen. Herr Ibing ist Sprecher von „München-steht-auf“ und organisiert seit kurz nach Beginn der COVID-19-Pandemie die Mittwochs-Demos in München. Gemäß der Berichterstattung diverser lokaler Journalist:innen und Beobachter:innen (siehe z.B. die Recherche von firm, der Fachinformationsstelle für Rechtsextremismus München) sowie laut Aussage Frau Dr. Pfanzels selbst, hatte Herr Ibing in der Vergangenheit Funktionär:innen der AfD als Redner:innen auf „München-steht-auf“-Demos eingeladen. Da sich Herr Ibing im Austausch mit dem Anti-Siko-Bündnis (dem Bündnis der „traditionellen Friedensbewegung, das die alljährliche Demo gegen die Münchner Sicherheitskonferenz organisiert“) weigerte, sich von der AfD zu distanzieren, wurde er nicht in das Bündnis aufgenommen.

Außerdem unterstützte Herr Ibing die Kundgebung des Ulmer Anwalts Markus Haintz am Mittwoch, den 9. November 2022, in München, mit der Herr Haintz gegen die Inhaftierung „politischer Gefangener“ protestieren wollte. Gemeint war damit unter anderen der auf den Philippinen inhaftierte Herr Oliver Janich, der beispielsweise dazu aufrief, „sämtliche Regierungsmitglieder im Bund und in den Ländern standrechtlich hinzurichten“. Herr Janich bekam eine Freiheitsstrafe von

zehn Monaten wegen Volksverhetzung, öffentlicher Aufforderung zu Straftaten, Belohnung und Billigung von Straftaten, Beleidigung und übler Nachrede. Die Kundgebung fand ausgerechnet am 9. November 2022 statt, dem Gedenktag für die Opfer der Reichspogromnacht von 1938. Das konnte eigentlich nur als feindselige Provokation der jüdischen Gemeinde Münchens verstanden werden. Herr Ibing rief über Telegram die Teilnehmer*innen der Münchner Mittwochs-Demos zur Teilnahme an dieser Kundgebung auf.

Aus solchen Gründen hatte das Organisationsteam des Trägerkreises der Münchner Friedenskonferenz es entschieden abgelehnt, Herrn Ibing auf die Münchner Friedenskonferenz 2023 als Sprecher auf dem Podium einzuladen. Die Sprecherin der Internationalen Münchner Friedenskonferenz, Maria R. Feckl, weist ausdrücklich darauf hin, dass das Organisationsteam der Friedenskonferenz zwischen der politischen Einschätzung Herrn Ibings, dem Organisator der Mittwochs-Demos, als rechtspopulistisch und der Einschätzung beliebiger Teilnehmer:innen seiner Veranstaltungen unterscheidet. Herr Ibing ist ein Rechtspopulist, der absichtlich auf seinen Veranstaltungen rechtsextremen Akteur*innen und Meinungen eine Plattform bietet. Das bedeutet sicherlich nicht, dass sämtliche Teilnehmer*innen (oder auch nur ihr Großteil) seiner Veranstaltungen rechtsextremistisch motiviert sind. Und trotzdem liegt es in der Verantwortung jeder Einzelnen und jedes Einzelnen, sich vor der Teilnahme einer Demonstration zu informieren, wer zur Demonstration mit welchem Aufruf einlädt.

Friedensbewegung #1, #2 & #3: Der mühsame Weg in Richtung Frieden

Am Wochenende der MSC fanden am 18. Februar 2023 in München fünf Demonstrationen statt:

1. Das "Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz" demonstrierte traditionell wie seit 40 Jahren gegen die Sicherheitskonferenz. Die Auftaktkundgebung fand ab 12.30 Uhr am Stachus statt.
2. Das neue Bündnis "Ukrainer in München" organisierte eine Demonstration am Samstagnachmittag ab 14 Uhr am Odeonsplatz.
3. Die Organisation "women.life.freedom.munich" demonstrierte zwischen 12 und 18 Uhr auf dem Max-Joseph-Platz in Solidarität mit den Protestierenden im Iran.
4. Das „MACHT FRIEDEN!“-Bündnis, koordiniert von Herrn Ibing, demonstrierte ab 13 Uhr auf dem Königsplatz unter dem Motto "Wir wollen Frieden".
5. Ab 11 Uhr organisierte Jürgen Elsässer, Herausgeber des rechtsextremen Compact-Magazins, am Karl-Stützel-Platz eine Demonstration. Nach Informationen des a.i.da.-Archivs (Antifaschistische Informations-Dokumentations- und Archivstelle München e.V.) hatten die Organisator:innen dieser Demo angekündigt, sich um 13 Uhr der Kundgebung am Königsplatz anzuschließen. Vonseiten Herrn Ibings, Koordinator des Bündnisses „MACHT FRIEDEN!“ und Organisator der „Wir wollen Frieden“-Demo am Königsplatz, gab es im Vorhinein keinerlei erkennenswerte Ablehnung des Anschlusses der Jürgen-Elsässer-Demo.

Kooperationspartner der traditionellen Friedensbewegungen

Die traditionellen Kooperationspartner in der Friedensbewegung wie die DFG-VK, pax christi, der Internationale Versöhnungsbund, Greenpeace, Sicherheit neu Denken, IPPNW und viele andere

setzen sich umfassend, vertieft und kompetent mit friedenspolitischen Themen auseinander. Demonstrationen gegen Waffenlieferungen in die Ukraine und die Forderung nach Friedensverhandlungen sind keine Eintagsfliege.

Auch wenn es innerhalb der „traditionellen“ Friedensbewegung erkennbare Differenzen gibt, die selbst grundsätzliche Fragen betreffen (beispielsweise die grundsätzliche Ablehnung jeglicher Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele, die Pazifist*innen fordern; diese Forderung wird nicht allgemein geteilt), so gibt es doch einen breiten politischen Konsens, der die kontinuierliche und effektive Zusammenarbeit ermöglicht. Dazu gehören: Antimilitarismus, Antifaschismus, Antirassismus, Antikolonialismus, Antikapitalismus (hier gibt es sicherlich Differenzen) sowie Humanismus, Umwelt-, Tier-, und Artenschutz und Vertrauen in wissenschaftliche Methoden. All diese Prinzipien formen unseren Aktivismus.

In der Anti-COVID-19-Schutzmaßnahmen-Bewegung und der aus ihr entstandenen „neuen Friedensbewegung“ werden diese Prinzipien nicht thematisiert. Es ist also nicht weiter verwunderlich, dass die „traditionelle“ Friedensbewegung in München nicht mit der „neuen“ Friedensbewegung zusammenarbeitet.

Diese grundlegenden Differenzen sowie die opportunistische Zusammenarbeit mit rechtsextremen Kräften vonseiten Herrn Ibings wischt Frau Dr. Pfanzelt beiseite, wenn sie behauptet, die „traditionelle“ Friedensbewegung arbeite aufgrund ihrer „rigide[n] linke[n] Identität“ nicht mit der „neuen Friedensbewegung“ zusammen.“

Die traditionelle Friedensbewegung setzt sich seit Jahrzehnten gegen alle Kriege auf der Welt ein, ob im Jemen, in Syrien oder gegen die Kurd:innen – nicht nur in Europa. Sie setzt sich für Zivile Krisenprävention ein, für Diplomatie auf allen Ebenen, in der UN und der OSZE, für soziale Verteidigung, Friedensbildung und für eine resiliente Demokratie.